Erhalt der Siedlung Sebastianstraße in ihrer heutigen Form. Änderungen der baulichen Anlagen, sei es durch Abbruch, Anbauten oder gestalterischer Änderungen sind bei einer Erhaltungssatzung und einer Gestaltungssatzung wie bei einer Denkmalsatzung genehmigungspflichtig.

Eine **Erhaltungssatzung** ist ein planungsrechtliches Instrument, die sich auf die Verfolgung städtebaulicher Ziele beschränkt. Durch eine Erhaltungssatzung hat die Kommune die Möglichkeit, die Beseitigung von Anlagen, Neubauten und Erweiterungen baulicher Anlagen aus städtebaulichen Gesichtspunkten zu steuern.

Die **Gestaltungssatzung** regelt die gestalterischen Grundlagen des Satzungsgebietes und umfasst Vorgaben für die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen, aber z.B. auch Vorgaben für Einfriedungen und Nebenanlagen.

Beide Satzungen, Erhaltungs- und Gestaltungssatzung, werden selbstständig von der Kommune erlassen und bedürfen weder einer Mitwirkung durch die von den Satzungen betroffenen Eigentümern, noch ist eine Genehmigung durch eine übergeordnete Behörde erforderlich.

Angestrebt wird der Aufstellungsbeschluss zunächst für die Erhaltungssatzung. Die Gestaltungssatzung ist in ihrer Aufstellung aufwendiger und kann erst in einer der nächsten Sitzungen des Planungs- und Verkehrsausschusses zur Beratung vorgelegt werden.

Beschlussvorschlag Planungs- und Verkehrsausschuss:

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Siehe Beschlussvorschlag Rat

Beschlussvorschlag Rat:

Der Rat der Stadt Niederkassel beschließt, die Aufstellung einer Erhaltungssatzung gemäß § 172 BauGB für die Wohnsiedlung in der Sebastianstraße.

Abstimmungsergebnis:

Ja 23

9. Einrichtung einer Ampelanlage auf der Kölner Straße in Niederkassel Vorlage: 0264/2020-2025

Sachverhalt:

In seiner Sitzung vom 18.08.2020 hat der Umwelt-, Verkehrs- und Pla-

nungsausschuss sich mit einem Bürgerantrag auf Einrichtung einer Ampelanlage auf der Kölner Straße in der Nähe des Kreisverkehrs beschäftigt (vgl. Anlage) und folgenden Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Lichtzeichenanlage vorliegen und ob sich diese realisieren lässt.“

Hierzu teilt die Verwaltung folgendes mit:

Dem Beschluss voraus ging ein Antrag einer Bürgerin (Bürgerantrag) aus dem Jahr 2020, welcher in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschusses am 17.06.2020 beraten und in den hierfür zuständigen Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss verwiesen wurde.

In der Vorlage zur Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss am 18.08.2020 hatte die Verwaltung bereits folgendes ausgeführt:

„Die Einrichtung einer Lichtzeichenanlage für Fußgänger kommt nur in Betracht, wenn mehr als 450 Kfz/h diesen Bereich befahren oder wenn entsprechende Fußgängerstärken und Kraftfahrzeugstärken vorliegen und diese oberhalb des für Fußgängerüberwege möglichen bzw. empfohlenen Einsatzbereiches liegen, oder es an den vorhandenen Querungsmöglichkeiten Auffälligkeiten im Hinblick auf das Unfallgeschehen gibt.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass Fußgängerüberwege nicht in der Nähe von Lichtzeichenanlagen angelegt sein dürfen. Sollte also die Errichtung einer Lichtzeichenanlage in Betracht kommen, müssten die restlichen Fußgängerüberwege entfernt werden.“

Nach erfolgtem Ortstermin mit der zuständigen Kreispolizeibehörde am 24.03.2021 kann festgestellt werden, dass die erforderlichen Fußgänger- und Verkehrsstärken nicht vorliegen.

Bei Verkehrszählungen an drei verschiedenen Tagen zu drei verschiedenen Uhrzeiten konnten maximal 15 querende Personen pro Stunde pro Querungsmöglichkeit festgestellt werden. U. a. wurden hierbei bereits insbesondere die Zeiten unmittelbar vor Schulbeginn und nach Schulende in den Zählzeiträumen berücksichtigt.

Die ermittelte Kfz-Anzahl in der Spitzenstunde lag bei 430 Kfz. Insoweit wurde der geforderte Wert von 450 Kfz/h nicht erreicht.

Neben den Fußgänger- und Verkehrsstärken sind jedoch weitere Parameter ausschlaggebend, ob eine Ampelanlage erforderlich ist oder nicht.

Aus diesem Grund wurde auch die Unfallsituation (Auswertung der Ein-

träge in der Unfalldatenbank durch die Polizei) an besagter Stelle überprüft und betrachtet.

Die Überprüfung ergab keine Auffälligkeiten in dieser Hinsicht. Weder der Verwaltung noch der Polizei sind Unfälle mit querenden Fußgängern in diesem Bereich bekannt. Insoweit kann bei der derzeitigen Querungssituation für Fußgänger auch kein erhöhtes Gefahrenpotenzial abgeleitet werden.

Daneben gibt die Kreispolizeibehörde auch zu bedenken, dass bei Einrichtung einer Lichtzeichenanlage alle Fußgängerüberwege und der dazugehörige Kreisverkehrsplatz entfernt werden müsste. Im gleichen Zug müsste der Kreuzungsbereich dann vollständig mit einer Lichtzeichenanlage für Kfz und Fußgänger ausgestattet werden, was mit nicht unerheblichen Kosten für die Einrichtung und die regelmäßige Wartung einhergehen würde.

Da keine Prognosen darüber angestellt werden können, ob durch die Signalisierung der Kreuzung zusätzliche Verbesserungen in Bezug auf die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten wären, schlägt die Verwaltung in Absprache und mit Zustimmung der Kreispolizeibehörde vor, zunächst weiterhin an dem bisherigen Beschluss, an allen 4 Ästen Fußgängerüberwege einzurichten, festzuhalten.

Dies ist in Anbetracht der zurzeit unterschiedlichen verkehrsrechtlichen Regelungen auch aus Sicht der Polizei dringend notwendig. Im derzeitigen Zustand gelten an allen 4 Ästen für die einzelnen Verkehrsteilnehmer unterschiedliche Regelungen. Dies trägt zur Verunsicherung aller Verkehrsteilnehmer bei und macht die Situation nicht sicherer.

Die Einrichtung der fehlenden Fußgängerüberwege stellt ein ausreichend sicheres Mittel dar, um die Verkehrssituation zu verbessern und die Leichtigkeit und die Sicherheit des Verkehrs wiederherzustellen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt, dass keine Ampelanlage installiert werden soll und hält seinen Beschluss aufrecht, dass alle 4 Äste mit Fußgängerüberwegen ausgestattet werden sollen.
2. Der Planungs- und Verkehrsausschuss verweist den Antrag zuständigkeitshalber zurück an den Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss als für Bürgeranträge zuständigen Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja 23